

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Horst Peter MdB analysiert das Hamburger Wahlergebnis: Der Protest aus der Mitte signalisiert Reform-Erwartungen.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB nimmt Stellung zu den Auseinandersetzungen der Koalition über die Pflegeversicherung: Den Wortbruch verhindern.

Seite 2

Dr. Eberhard Brecht MdB erinnert an die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO vor zwanzig Jahren: Die UNO und die Deutschen.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB kommentiert den Demokratisierungsprozeß in Südafrika und fordert: Sanktionen gegen Pretoria aufheben.

Seite 4

Dokumentation

Johannes Rau sprach auf der Europäischen Parlamentarierkonferenz "Building Global Human Security" in Bonn: "Wir sind alle aufeinander angewiesen". Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 179

20. September 1993

Der Protest aus der Mitte signalisiert Reform-Erwartungen

Gedanken zum Hamburger Wahl-Ergebnis

Von Horst Peter MdB

Sprecher der SPD-Fraktion im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Wählerinnen und Wähler haben den etablierten Parteien in Hamburg die gelbe Karte gezeigt. Ohne Änderung der Spielweise wird im Wahljahr 1994 der gelben die rote Karte folgen.

Das neue Phänomen, das mit der Hamburg-Wahl zu beobachten ist, ist die Protestwahl der Mitte, die im Wahlergebnis der Stadtpartei zum Ausdruck kommt. Ein immer größerer Teil der Wählerschaft verwelgt sich, weil die Parteien es versäumen, die Wirklichkeit der Menschen zum Gegenstand der Politik zu machen. Die etablierten Parteien haben die Dialogfähigkeit verloren, weil sich zwischen die Wirklichkeit und die politischen Entscheidungen und Verlautbarungen die Scheinwirklichkeit und Scheinsymbole der Medien geschoben haben.

Die Wahl von Hamburg zeigt:

- * die FDP ist durch Protestwähler/-innen in der Mitte in ihrer Existenz bedroht,
- * die CDU/CSU kann durch den Proteste aus der Mitte in eine Spagatsituation zwischen den rechtsradikalen Parteien und der Stadtpartei gelangen,
- * die SPD wird für das Versagen der Regierung in Mithaftung genommen, weil sie sich in den Augen der Wählerschaft nicht genügend von der Regierungspolitik unterscheidet. Sie wäre allerdings am ehesten in der Lage, ihre eigene Spagatsituation zwischen Stammwählerschaft und gebildeteren Mittelschichten auszuhalten, wenn sie mit einer konsequenten ökologisch-sozialen Reformpolitik um die Mehrheitsfähigkeit werben würde.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erklärung: Unsere
Wahlentscheidungen
sind für Sie



Der Protest aus der Mitte signalisiert, daß die politischen Strukturen und Entscheidungswege für reformbedürftig gehalten werden und ein Mehr an Mitbestimmung der Wähler/Innen für notwendig erachtet wird. Die Diskussion um die Verfassung des geeinten Deutschland könnte vor dem Hintergrund dieses neuen Phänomens zu einer Maßlatte für die Lernfähigkeit der Politik werden.

Die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und die Erweiterung des Petitionsrecht müssen erneut auf die Tagesordnung. Die Direktwahl des Bundespräsidenten wäre das Mittel, das höchste Staatsamt vor dem Parteiengemäusel zu bewahren, das in vollem Gange ist und die Parteienverdrossenheit steigert.

(-/20. September 1993/rs/fr)

Den Wortbruch verhindern **Die SPD kümmert sich um die Pflegebedürftigen**

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem die Bundesregierung und die Koalitionsparteien CDU, CSU, FDP am Wochenende nicht am vereinbarten Verhandlungsort Windhagen erschienen sind, hat die SPD-Verhandlungskommission aus Regierungsmitgliedern SPD-regierter Bundesländer und der SPD-Bundestagsfraktion ihr weiteres Vorgehen beraten. Dies ist unsere Position:

1. Ziel der SPD ist es zu verhindern, daß die Regierung einen Pflegewortbruch begeht. Deshalb hält die SPD daran fest: Entweder nimmt die Koalition Verhandlungen auf, um ein vernünftiges Pflegegesetz mit der SPD zustande zu bringen, oder wir werden den inakzeptablen Gesetzesentwurf der Regierung stoppen und damit zugleich ein Täuschungsmanöver gegenüber den Pflegebedürftigen verhindern.

Die Fakten, die dieses Täuschungsmanöver ausweisen, liegen auf der Hand:

- Nach dem Regierungsentwurf würden 465.000 Menschen, die derzeit Pflegeleistungen erhalten, aus der Pflegeversicherung herausfallen.
 - Der Regierungsentwurf hat ganze drei Mark mehr übrig für Schwerstpflegebedürftige als heutige Regelungen an Hilfe vorsehen.
 - Die Regierung treibt Länder und Kommunen in eine politisch unvertretbare Situation: Verantwortung sollen sie übernehmen, Planung und Geld wird ihnen im Rahmen des Regierungspflegekonzepts aus der Tasche gezogen.
 - Der Regierungsentwurf hält für die Mehrzahl der Pflegebedürftigen eine schlimme Überraschung bereit: Auch künftig wird diese Mehrheit von der Sozialhilfe abhängig sein.
2. Für die SPD kommen allerdings Verhandlungen nicht mehr in Betracht, wenn CDU/CSU und FDP das parlamentarische Verfahren, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu verschlechtern, wieder aufnehmen.
 3. Die SPD wird eine Chronologie vorlegen, die ihre Bemühungen, eine soziale Pflegegesetzgebung zu verwirklichen, und die Doppelzüngigkeit der Regierungsparteien dokumentiert.
 4. Die SPD wird eine sozial gerechte Pflegegesetzgebung in den kommenden Wochen ins Zentrum der Auseinandersetzung stellen und zugleich breit für ihre eigenen Vorstellungen werden.

(-/20. September 1993/rs/fr)

Die UNO und die Deutschen

Vor zwanzig Jahren wurden beide Staaten von den Vereinten Nationen aufgenommen

Von Dr. Eberhard Brecht MdB

Vorsitzender des Bundestage-Unterausschusses Vereinte Nationen

Vor 20 Jahren sind die beiden deutschen Staaten, also die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, von der Weltorganisation der Vereinten Nationen als Mitglieder aufgenommen worden. Damals gab es Bedenken gegen einen Beitritt, die Unionsparteien im Bundestag fürchteten vor allem eine internationale Aufwertung der DDR und damit eine Zementierung der deutschen Teilung. Es kam jedoch anders: Die Weltgemeinschaft interessierte sich herzlich wenig für die deutsch-deutschen Querelen, so daß beiden deutschen Staaten letztlich nichts anderes übrig blieb, als relativ normal, wenn auch mitunter verkrampft, miteinander zu kommunizieren. Andererseits konnte die SED die diplomatische Aufwertung nicht in größeren innenpolitischen Druck auf die Opposition ummünzen; diese nutzte vielmehr die Chance, die DDR-Führung an den Versprechungen zu packen, die sie mit ihren wachsenden internationalen Verpflichtungen eingegangen war.

Beide deutsche Staaten engagierten sich in den zurückliegenden 20 Jahren UNO-Mitgliedschaft vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle und der vertrauensbildenden Maßnahmen. Auffallend war die engagierte Fürsprecherrolle der DDR für die Entwicklungsländer. Trotz ideologischer Differenzen mit der Bundesrepublik zogen die Staaten der Dritten Welt aber deren Entwicklungshilfe den bloß verbalen Solidaritätsbekundungen der DDR vor.

Deutschland spielte bei den Vereinten Nationen bislang eher eine zurückhaltende Rolle, die ihr von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zudiktiert war. Von den übrigen Staaten wird erwartet, daß wir uns nach der Vereinigung stärker in der UNO engagieren, um Krieg, Hunger und Krankheiten auf unserem Globus zurückzudrängen. Dazu gehören eine verstärkte Entwicklungshilfe, mehr politisches Engagement bei friedlichen Konfliktlösungen und damit auch die Bereitstellung von Blauhelmen, um Wahlen zu überwachen, Waffenstillstände zu kontrollieren oder bei vertrauensschaffenden Maßnahmen mitzuwirken. Dazu bedarf es allerdings noch einer verfassungsmäßigen Klarstellung.

Deutschland hat mit seinem Beitritt eine uneingeschränkte Mitgliedschaft erworben, die mit der Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten verbunden ist. Auf die Dauer wird Deutschland nicht daran vorbeikommen, daß auch deutsche Soldaten an friedenssichernden Aktionen der VN gegen Gefährdungen des Weltfriedens teilnehmen. Als Ziele solch begrenzter Operationen können die Verhinderung von Völkermord, systematischer Vergewaltigung von Frauen oder sonstigen schweren Verletzungen der Menschenrechte akzeptiert werden, nicht aber die Durchsetzung nationaler Interessen im Gewande der UNO. Jeder Einsatz bedürfte meiner Meinung nach der Zustimmung des deutschen Parlaments, am besten mit einer Zweidrittelmehrheit. Kein UNO-Mitglied ist übrigens verpflichtet, automatisch an einer Zwangsmaßnahme teilzunehmen. Die innenpolitische Diskussion über "out of area-Einsätze" muß von Maximalpositionen befreit werden. Weder reicht langfristig die Position des überwiegenden Teils der SPD, sich allein auf Blauhelme zu versteifen, noch ist die der Regierungskoalition akzeptabel, auch ohne das Dach der UNO nur im Rahmen von NATO oder WEU weltweit intervenieren zu wollen.

Derzeit wird vor dem Hintergrund neuer Aufgaben der UNO die Frage der deutschen Beteiligung an Kampfeinsätzen der Weltorganisation hochgeputscht. Anders als der Kanzler meint, ist das keine "Schicksalsfrage" der deutschen Politik, wohl aber Themen wie Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit oder Wohnungsbau. Mit der Bereitschaft Deutschlands, Blauhelme bereitzustellen, kann die UNO durchaus vorerst leben, da sich damit unser Land prinzipiell an 90 Prozent aller Friedensmaßnahmen in bescheidenem Umfang beteiligen könnte. Unsere Mitwirkung an Zwangsmaßnahmen setzt einen innenpolitischen Konsens nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch in der Bevölkerung voraus. Bisher jedenfalls findet der politische Wille zu Bundeswehrkampfeinsätzen jenseits der erweiterten Landesverteidigung bei den Deutschen keine Mehrheit. Zudem befindet sich Deutschland in einer schweren Krise, in der unser außenpoliti-

sches Handlungsfeld stark eingegrenzt ist. Wenn die beiden letztgenannten Einwände gegen eine Beteiligung an UNO-Zwangsmaßnahmen nicht mehr stichhaltig sind, sehe ich allerdings für unsere derzeitige Zuschauerrolle keine moralische Rechtfertigung mehr.

(-/20. September 1993/rs/fr)

Sanktionen gegen Südafrika aufheben

Den Demokratisierungsprozeß am Kap der Guten Hoffnung unterstützen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die neueste Entwicklung in Südafrika ist zu begrüßen. Südafrikas Parlament hat nach den politischen Übereinkünften in der Mehrparteienkonferenz, die für die Planung einer demokratischen Zukunft des Landes ohne Rassentrennung politisch verantwortlich ist, mit der Debatte über entsprechende Gesetze für den Übergang zur Demokratie begonnen, insbesondere auch über das Gesetz zur Anerkennung eines Übergangs-Exekutivrates, der bereits vor der Mehrparteienkonferenz beschlossen worden war. Der Übergangsrat, in dem gleichberechtigt auch die Vertreter der schwarzen Bevölkerung Südafrikas ein Mitspracherecht haben und somit erstmals eine offizielle politische Rolle in Südafrika erhalten haben, soll die Regierungsgeschäfte bis zu den vorgesehenen freien demokratischen Wahlen im April 1994 kontrollieren. Voraussichtlich wird er im November dieses Jahres eingesetzt werden.

In dieser Situation ist es notwendig, daß die internationale Staatengemeinschaft die demokratische Entwicklung Südafrikas mit allen Möglichkeiten unterstützt. Dazu muß jetzt gehören, daß alle wegen der früheren Apartheid-Politik Südafrikas Mitte der 80er Jahre ausgesprochenen wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden. Einzige Ausnahmen der Aufhebung der Sanktionen sollten das Waffenembargo und das Verbot neuer ziviler nuklearer Zusammenarbeit sein.

Die Aufhebung der Sanktionen sollte auch nicht durch den anhaltenden Boykott der Mehrparteiengespräche durch die Inkatha-Bewegung und die Rechtsradikalen verschoben werden. Eine Beteiligung dieser Parteien an den Verhandlungsgesprächen wäre zwar aus demokratischer Sicht sehr wünschenswert, der noch aufrechterhaltene Boykott darf aber die Unterstützung Südafrikas nicht aufschieben. Südafrika benötigt dringend wirtschaftliche Unterstützung.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, an die Europäische Gemeinschaft und die Vereinten Nationen heranzutreten und darauf hinzuwirken, daß die noch bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika kurzfristig aufgehoben werden. Die Bundesregierung muß gegebenenfalls dabei ihr politisches Gewicht in die Waagschale legen. Außerdem sollte die Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege der Entwicklungshilfe den Weg Südafrikas zur Demokratie massiv unterstützen.

Die Ankündigung der US-Regierung, der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen, die noch bestehenden Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben, sobald der Demokratisierungsprozeß unumkehrbar ist, sind deshalb sehr zu begrüßen. Norwegen will das gegen Südafrika verhängte Öl-Embargo aufheben. Indien hat ebenfalls die Aufhebung des Handelsembargos gegen Südafrika angekündigt. Die Bundesregierung ist aufgefordert, auch insoweit ihren Beitrag zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Südafrika zu leisten.

(-/20. September 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

"Wir sind alle aufeinander angewiesen"

Johannes Rau, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen sprach am 17. September auf der Europäischen Parlamentarierkonferenz "Building Global Human Security" im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn. Wir dokumentieren seine Rede.

Herzlich danke ich für die Gelegenheit, auf dieser außergewöhnlichen Konferenz zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich freue mich, daß sie in den Räumen des Deutschen Bundestages stattfinden kann und damit den ihr angemessenen Rahmen gefunden hat. Globale Interdependenz ist das Faktum, das Sie aus vielen Staaten Europas hier zusammengeführt hat: die Einsicht, daß nicht mehr die einen abhängig und die anderen unabhängig sind - die Kleinen abhängig von den Großen, die Machtlosen von den Mächtigen, die im Süden von denen im Norden, sondern daß wir in einer Welt leben, in der alle voneinander abhängen, alle aufeinander angewiesen, alle füreinander verantwortlich sind. Interdependenz heißt aufeinander angewiesen sein. Der politische Wille, dies Aufeinander-angewiesensein menschlich zu gestalten, hat Sie zusammengeführt.

Nach 30 Jahren Entwicklungszusammenarbeit zwischen dem Norden und dem Süden und kurz nach Ende des Kalten Krieges haben Parlamentarier weder im Norden noch im Süden Anlaß, mit sich und ihrer Leistung zufrieden zu sein. Es ist (uns) weder gelungen, der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen noch der weltweit wachsenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten.

Immer breitere gesellschaftliche Gruppen verlassen ihre Heimat, suchen der Verelendung durch Flucht oder Wanderung zu entkommen. Unsere Unfähigkeit, das Aufeinander-angewiesensein menschlich zu gestalten, ist zur Bedrohung des Friedens in der Welt geworden.

Das Thema der Konferenz lautet "Globale Sicherheit für die Menschen".

Viel zu lange hat die Politik in erster Linie militärische Macht für das Mittel gehalten, einem Volk Sicherheit zu verschaffen. Entsprechend hat vor allem die militärische Ausstattung eines möglichen Gegners als Maßlatte der eigenen politischen Gefährdung gegolten. Über 30 Jahre lang haben sich die Großmächte im Norden mit unser aller Beteiligung im Ost-West-Konflikt gelähmt, haben ihn mit Wettrüsten zu entscheiden gesucht. Derweil erfuhr der Süden sehr handgreiflich, daß allein schon die Rüstung des Nordens tödliche Folgen für den Süden hat, indem sie Intelligenz und Forschung der Industrienationen ebenso band wie deren finanzielle Mittel und deren politische Kraft.

Aber wenigstens eines haben wir im Ost-West-Konflikt gelernt: Sicherheit, wenn sie Frieden nicht zerstören will, ist nicht gegen den anderen, sondern nur mit ihm zusammen zu erreichen: Erst wenn unsere Nachbarn nicht mehr fürchten, sich vor uns in Sicherheit bringen zu müssen, leben wir selbst in Sicherheit. Wir haben zu verstehen gelernt, was Partnerschaft für die Sicherheit bedeutet. "Sicherheitspartnerschaft" ist ein wichtiges politisches Stichwort geworden. Sicherheit ruht auf vielen verschiedenen Faktoren. Wer für gerechtere Verteilung von Lebenschancen, für Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Wahrung eines Mindestmaßes von Menschenrechten eintritt, der ist politisch für die Sicherheit der Menschen, für eine menschliche Sicherheit tätig.

Für unsere Beziehungen innerhalb Europas sind wir dabei, das zu lernen.

Wir möchten lernen, Sicherheit in einer Ordnung zu suchen, in der auch die Schwächeren ihr Recht haben. Viel zu lange haben wir, in Europa wie in der Welt, das Gegenteil gewollt, nämlich, daß der jeweils Stärkere bestimmte, was als Recht und Ordnung zu gelten hatte. Globale Interdependenz gestattet uns Europäern nicht, uns eine Insel der Stabilität sichern zu wollen, sondern verpflichtet uns gegenüber dem Süden. "Entwicklung ist der neue Name für Frieden" hatte Papst Paul VI. 1967 in seinem Rundschreiben "über den Fortschritt der Völker" formuliert;

Willy Brandt erwähnte 1980 im Bericht der Nord-Süd-Kommission "Nord-Süd-Beziehungen als das zu sehen, was sie sind, nämlich eine neue geschichtliche Dimension für aktive Friedenssicherung".

Wie wenig wir, die starken Industrienationen des Nordens, dies beherzigt haben, ist den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft gerade noch einmal in unerbitlich bescheinigt worden: "Die Unterentwicklung des Südens zieht hohe Kosten für den Norden nach sich, während die Wirtschaftsmodelle des Nordens eine schwere Hypothek für den Süden sind und dessen langfristige Entwicklungsaussichten einschränken" (Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft an den Rat und an das Europäische Parlament "Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2000").

Sie haben sich hier versammelt, um sich darüber zu verständigen, was Sicherheit gefährdet und was Sicherheit fördert, was um der Sicherheit willen geschehen muß und was um der Sicherheit willen nicht zugelassen werden darf.

Wer nach Bausteinen für globale menschliche Sicherheit sucht, der darf auch die Perversionen nicht übersehen: Noch vor wenigen Jahren trugen mitten in Europa Staatsorgane den Namen "Sicherheit", die keine andere Aufgabe hatten, als die herrschende Klasse vor dem Volk (und seinem Verlangen nach Gerechtigkeit) in Sicherheit zu bringen.

Was hat Entwicklungspolitik bewirkt?

Wenn wir Europäer globale Sicherheitspartnerschaft, also auch mit den Völkern im Süden, wollen, dann müssen wir deren Frage standhalten, was viele der entwicklungspolitischen Entscheidungen des Nordens bewirkt haben. So wie der Süden sie jahrzehntelang erfahren hat, hatten sie, gewollt oder ungewollt, die Funktion, den Norden vor dem Süden in Sicherheit zu bringen. Alles, was den positiven Abschluß der GATT-Verhandlungen der Uruguay-Runde hinauszieht, nährt den Verdacht, der Norden wolle sich vor dem Süden in Sicherheit bringen. Ähnlich fatal würde es sich auswirken, wenn wir im Norden neue Vorwände fänden, Konsequenzen aus den Verabredungen von Rio hinauszuzögern.

Es muß ganz deutlich sein: Wer GATT verzögert und wer Rio vernachlässigt, der handelt gegen seine eigenen, gegen unser aller gemeinsame Sicherheitsinteressen.

Wenn nachhaltige Entwicklung, um das Schlüsselwort von Rio zu nennen, uns und künftigen Generationen eine Überlebenschance verschaffen soll, dann brauchen wir Instrumente, mit denen Bürger daran mitwirken, mit sie zur nachhaltigen Entwicklung beitragen. Auch wenn wir gelernt haben, daß militärische Mittel keine Konflikte lösen können, wird auf absehbare Zeit der Dienst von Soldaten nötig sein, um Sicherheit nicht unnötig aufs Spiel zu setzen. In Korrespondenz dazu, eigentlich aber mit viel höherer Priorität, müssen waffenlose Dienste als Instrumente ausgebaut werden, mit denen Frauen und Männer dazu beitragen, Menschen dieser Erde sicherer leben zu lassen.

Ich selber habe vor einiger Zeit angeregt, über die Einrichtung eines Europäischen Friedenskorp nachzudenken. Andere haben ähnliche Gedanken ins Gespräch gebracht. Beispiele für die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, auf Zeit für Leben und Sicherheit anderer zur Verfügung zu stehen, haben wir in den letzten Jahren überraschend erfahren. Nichtregierungsorganisationen haben mit ihrer Initiative Regierungen und Parteien beschämt. Darf ich darauf hoffen, daß ihre Konferenz diesen Gedanken international vertieft?

Dr. Mahbub ul Haq, dessen Rede vor Ihnen ich leider nicht mehr werde mit anhören können, hat vor einigen Monaten, im Gespräch mit Mitgliedern des Entwicklungsausschusses des europäischen Parlaments, vier Felder genannt, auf denen menschliche Sicherheit auf dem Spiel steht, also zu verlieren oder zu gewinnen ist Arbeit, Erziehung, Gesundheitsdienst, Umweltschutz-, Felder, auf denen Menschen aus unseren Ländern wertvolle Dienste leisten könnten - wenn Regierungen ihnen dazu die Instrumente verschaffen.

Sie arbeiten, auch mit dieser Konferenz, auf die Zusammenkunft hin, die die Vereinten Nationen als "Weltsozialgipfel" für 1995 in Kopenhagen planen. Sicherheit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine soziale Ordnung. Bei der Suche nach Bausteinen für eine menschliche Sicherheit wünsche ich Ihnen gutes Gelingen.

(-/20. September 1993/rs/fr)
